

Thema: „Anti-Professionalität“ führt zur „Transitfreiheit am Brenner“ – „Schwarz/Grüne Politik-Hallodri-Gesellschaft“ missachtet Gesundheit und Arbeitsplätze!

Vomp, Innsbruck, 20. November 2016

KLARSTELLUNG

Nachdem in den letzten Tagen verzweifelt und tölpelhaft versucht wird, uns in der Sache „Sektorales Lkw-Fahrverbot“ umzustimmen, möchten wir ein für alle Mal klarstellen und Sie bitten, diese Position in Ihrer zukünftigen Berichtserstattung zu verwenden; sie ist nicht veränderbar:

Wir waren, sind und werden nie gegen Fahrverbote oder –beschränkungen sein, die eine Reduktion von Schadstoffen und Lärm durch den Lkw-Transit über den Brenner bewirken; schließlich fordern wir diese Begrenzungen seit Jahren auf Grundlage des Europarechts und unseres engen Raumes.

Wir waren, sind und werden immer gegen „Placebo-Maßnahmen und gegen Lug und Trug“ dann sein, wenn unter dem Titel „Fahrverbot“ real eine „Fahrerlaubnis“ verordnet (!), vom Tiroler Landeshauptmann Günther Platter unterschrieben und von seinen Stellvertretern, LHStvin. Ingrid Felipe und LHStv. Josef Geisler in der bekannten „Allerheiligen-Ausnahmen-Verordnung 2016“ aufbereitet wurden. Die damit auch wesentlich dafür verantwortlich sind, dass die Bahn wieder ein weites Stück im Wettbewerb mit der Straße zurückgeworfen wird – die gleiche Brennerbahn, in die seit Anfang der 90-er Jahre Milliarden Euro Steuergeld „verlagert“ werden.



Warum also diese Klarstellung?

Weil Gesundheit und Arbeitsplätze in unserem sehr knappen, sensiblen Gebirgsraum auf keinem „Brüsseler Bazar“ verhandelbare Güter sind – 1 Million Transit-Lkw im Umweg, die bei uns weder Fahrzeug- noch Mitarbeitersteuern bezahlen, sondern nur Schadstoffe, Lärm und wettbewerbswidrige Betriebsauflagen verursachen, sind 1 Million zu viel. Und, weil wir zu Recht erwarten können, dass Milliarden-Investitionen in die Bahn zweckmäßig, sparsam und wirtschaftlich erfolgen, was bis heute nicht der Fall ist.

Was die Schwarz/Grüne „Politik-Hallodri-Gesellschaft“ in der Transitsache betrifft: Sie werden von uns genauso auf der **Sachebene** (!) kritisiert, wie jede andere Partei in der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft auch. Es bietet sich an, den Titel des VP-Grünen-Regierungsprogramms zeitgemäß (siehe Bilder) wie folgt zu interpretieren:

„Verlässlich handeln (für die internationale Transitlobby). Neu denken (alles umzudrehen, was vor der Wahl in der Transitsache versprochen und sogar im Tiroler Landtag beschlossen wurde)“.

Bedenken Sie, was die Stickstoffdioxide, die bei Jung und Alt, Einheimischen und Gästen entlang der Autobahnen und Schnellstraßen längst schleichend und **unsichtbar** in die Lungen eingedrungen sind und weiter eindringen können, für **langfristige Dauerschäden** bewirken. Bedenken Sie, für wie **dumm und deppert uns alle (!)** die **Autoindustrie** hält, wenn sie uns mit Fahrzeug**dokumenten** (!) ausstattet (Lkw, Busse, Pkw), die in Bezug auf die Schadstoffe mit dem nicht übereinstimmen, was beim Auspuff herauskommt. Legal oder illegaler Dokumenten-Betrug pur. Höchste Zeit, das zu ordnen.

Dankbar sind wir dem Spartensprecher der Sektion Transport in der Wirtschaftskammer Tirol, der nun genau das bestätigt hat, was wir schon x-Mal kritisiert haben (auch wenn er diese „Transitfreiheit“ nicht für die Tiroler Frächter, sondern die internationalen Konkurrenten der Tiroler Frächter erhalten hat – ein wirklich guter Spartenvertreter ☺ für die Transitfrächter aus aller Herren Länder mit ihren „Lenkrad-Lohnsklaven“):

Die Tiroler Landesregierung hat keine Rücksicht auf Gesundheit und Arbeitsplätze genommen, sie schützt den Lkw-Transit über den Brenner. Die Tiroler Landesregierung hat in der Problematik „Sektorales Lkw-Fahrverbot“ willkürlich und bewusst alle Begutachtungen genauso ignoriert wie sämtliche Verbesserungsvorschläge – sie hat damit die „Patenschaft für die Transitlobby“ übernommen. Sie missachtet die Gesundheit der eigenen Bevölkerung, die Zukunftsfähigkeit der Arbeitsplätze/Betriebe aller Branchen, sämtliche nationalen und internationalen Verpflichtungen und trägt wesentlich dazu bei, dass die Eisenbahnmilliarden nicht zu „Verlagerung und Entlastung“ führen, sondern als „verlorenen Zuschüsse an die internationale Tunnelbauindustrie“ zu werten sind.

Es ist unsere Aufgabe, das aufzubrechen, öffentlich zu thematisieren und mit allen Mitteln diese „**politische Hallodri-Gesellschaft**“ aufzuhalten und auf den richtigen Weg zu führen; ungeachtet welcher Parteizugehörigkeit.

Wir haben diesen Lebens- und Wirtschaftsraum nur einmal von unseren Eltern und Großeltern geerbt – wir können ihn auch nur einmal an unsere Kinder und Enkel weitergeben. Darum geht es und dieses Bekenntnis zum eigenen Land Tirol, zu seiner Bevölkerung, Gesellschaft und Wirtschaft muss über allem stehen – ungeachtet welcher Partei- oder Interessenszugehörigkeit.

Das verlangen wir, denn derzeit gilt die „Autobahn-Anarchie“ und das tut diesem Land in keiner Weise gut; es schadet dem Land Tirol. Wir verlangen eine Politik, die dem Land, seiner Bevölkerung und Wirtschaft dient und den Transitterror mit allen rechtlichen Möglichkeiten bekämpft, statt ihn zu hofieren.

Und genau deshalb verlangen wir von der Tiroler Landesregierung die Umsetzung der Landtagsentschließung vom 6. November 2011 des Nordtiroler Landtages:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, umgehend mit den Nachbarländern Bayern, Südtirol und Trentino sowie den Ländern BRD und Italien in Verhandlung zu treten, um erstmals gemeinsame Maßnahmen (tariflich, verkehrsbegrenzend etc.) entlang der Brennerstrecke im Anwendungsbereich der Alpenkonvention von Rosenheim bis Verona zu verordnen, um gegenüber den anderen Alpentransitrouten durch Frankreich und Italien gleiche Bedingungen herzustellen und dem alpenquerenden Gütertransit das „Prinzip des kürzesten Weges“ Straße/Schiene anzubieten.“

Um das nach 5 verstrichenen Jahren geordnet aufzubereiten, die Prioritäten erstmalig richtig zu setzen – Gesundheit und Arbeitsplätze weit wichtiger als der Umwegtransit über den Brenner – können wir uns auch einen „**Sonderausschuss des Tiroler Landtags**“ vorstellen – wer weiter zusieht, wie die Tiroler Landesregierung Entschließungen des Tiroler Landtags ignoriert, macht sich zum **Mittäter des Verfalls der Demokratie**. Zumindest das sollte allen zu denken geben, die sich gerne als „Gesetzgeber“ (Legislative) bezeichnen, während sie als Abnickerverein geduldet und missbraucht werden – zu Lasten unserer Gesundheit und unserer Arbeitsplätze.

Mit der Bitte um Ihre Berichterstattung verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Fritz Gurgiser, Obmann

Clemens Franceschinell, Obmann-Stv.